

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 97–104 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 11. Februar 1919

50 jähriges Bestehen der Firma Dr. F. Wilhelmi, Taucha bei Leipzig.

In diesen Tagen kann die unseren Lesern bestens bekannte Firma Dr. F. Wilhelmi, Fabrik chemischer Produkte in Taucha bei Leipzig, auf ihr 50 jähriges Bestehen zurückblicken. Das Unternehmen wurde im Februar 1869 von Herrn Dr. F. Wilhelmi in Leipzig-Reudnitz gegründet. Das erste Fabrikat war künstliches Bittermandelöl — unseres Wissens die erste fabrikmäßige Darstellung des Artikels. Bei der Fabrikation kam unter anderen Natriumbisulfat zur Verwendung, das mit der Zeit selbst hergestellt wurde. Im Anschluß hieran wurde die Herstellung auch anderer Sulfate aufgenommen, von denen besonders Kaliummetasulfat jahrelang als besondere Spezialität gepflegt wurde.

Die bei der Herstellung von Bittermandelöl abfallende Chlormanganlauge gab Veranlassung, die Fabrikation von Mangansalzen aufzunehmen. Die mannigfachen Manganverbindungen fanden bald gute Abnahme in der Industrie der Lacke und Firnisse, wo sie wegen ihrer leichten Löslichkeit als Trockenstoffe vielfache Verwendung fanden. Die besonders durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen in dem Laboratorium der Firma erweiterten Kenntnisse über Trockenstoffe gaben Veranlassung, auch die Fabrikation entsprechender Blei-, Zink-, Kalk- und Kobaltverbindungen aufzunehmen, durch deren Kombination Sikkative hergestellt wurden, die allen Anforderungen zu genügen vermochten. Die von der Firma jährlich an die Kundschaft versandten Druckschriften erregten stets die Aufmerksamkeit der Fachgenossen.

Außer den genannten Artikeln betreibt die Firma noch die Herstellung von Pflanzenfarbstoffen, besonders des Chlorophylls, und des sehr gern gekauften Plastilins, eines nicht erhärtenden Modelliertons. In bezug auf Sikkative und Pflanzenfarbstoffe gehört die Firma zu den führenden Unternehmungen dieser Art in Deutschland.

Der Krieg hat leider sehr störend und erschwerend in den Betrieb der Firma eingegriffen, es gelang nur mit größter Mühe, die Fabrikation wenigstens einiger der Spezialitäten aufrechtzuerhalten.

Herr Dr. F. Wilhelmi steht heute noch an der Spitze der Firma; er ist vielen Fachgenossen, auch durch seine zahlreichen Ehrenämter, wohl bekannt. Im Jahre 1912 wurde die Fabrik nach Taucha bei Leipzig verlegt, um genügend Raum zur Ausdehnung zu haben. Möge ein baldiger Frieden wieder Veranlassung zu neuem Aufschwung und reicher Tätigkeit geben.

Wochenschau.

Die Politik beherrscht die Wirtschaft, nach innen wie nach außen, nicht mit Vernunft, sondern mit Gewalt. Lange kann dies nicht dauern oder wir gehen zugrunde. Einer schwachen Regierung ist es bisher nicht gelungen, Ordnung im Reich zu schaffen. Wenn auch am Sitz der Zentralregierung Ordnung zu herrschen scheint, so besteht wenig Ordnung im Gebiet unserer Kohlen- und Eisenindustrie, welche unsere Hauptstützen am Weltmarkt sind. Das Schlagwort „Sozialisierung“ hat den Massen den Kopf verdreht. Sie fordern entgegen den Weisungen von Berlin in Versammlungen offen dazu auf, die Sozialisierung selbst in die Hand zu nehmen. Wenn es hierbei noch nach dem Muster von Eisenbahn, Post, Telegraphie bliebe, ließe man es sich gefallen. Diese dienen aber nur mittelbar der Gütererzeugung. Unrentable Betriebe — es gibt solche in der chemischen Industrie wie auf anderen Gebieten — sind für die Sozialisierung nicht „reif“, nur solche, welche bisher wenigstens rentabel waren. Aus unrentablen werden aber keine rentablen, und aus rentablen eher unrentable Betriebe, wenn Sozialisierung nichts anderes bedeutet, als die Lohnforderungen immer weiter hinaufzuschrauben. Die Massen hören auf die Führer nicht mehr, die — das muß anerkannt werden — dringend zur Mäßigung raten. Vielleicht wird sich die Lage bessern, wenn wir Lebensmittel bekommen. Der Verband gibt sie aber nur dann, wenn gearbeitet wird, Kohle und Eisen ausgeführt werden können und wir uns dadurch Kredit im Ausland verschaffen. Der Schaden am Volksvermögen durch die Bergarbeiterstreiks läßt sich nur annähernd berechnen. Allein in Westfalen und Rheinland sind — wenig gerechnet — in den letzten zwei Monaten 600 000 Arbeitsschichten mit einer Fördermenge von 450 000 t Steinkohlen im Werte von 13½ Mill. M und Arbeitslöhnen von

mindestens 9 Mill. M ausgefallen. Der mittelbare Schaden ist auch nicht annähernd zu berechnen. Auf den Rangierbahnhöfen des Ruhrgebietes ist es still und stiller geworden. Der Wille zur Arbeit fehlt. Außerdem macht sich die Ablieferung des rollenden Materials an den Verband mehr und mehr bemerkbar. Das sollte aber die Reichsregierung endlich veranlassen, Mittel und Wege zu finden, Eingriffen Unbefugter in die Bergwerksbetriebe vorzubeugen, wie sie namentlich in der letzten Januarwoche vorgekommen sind, und die Kohlenförderung zu heben. Lokomotiv- und Wagenbauanstalten, Eisen- und Stahlwerke, Maschinenfabriken, Konstruktionswerkstätten usw. brauchen dringend Brennstoffe, um arbeiten zu können. Statt dessen muß die Arbeitszeit verkürzt werden, um Entlassungen zu vermeiden. Höhere Löhne — im Bergbau das Vierfache aus dem letzten Jahr vor dem Kriege — und geringere Leistungen müssen die Betriebe schon in kurzer Zeit unrentabel machen. Wo aber sollen die Erträge herkommen, um unsere Kriegsschulden zu tilgen? Die Vorgänge im Bergbau mögen der chemischen Industrie zeitig Veranlassung geben, Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schaffen, wie es durch die Gründung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Mitteleuropas mit dem Sitz in Magdeburg geschehen ist. Die 50%ige Einschränkung der Koksherstellung ist bis jetzt unverändert bestehen geblieben und muß bestehen bleiben, wenn dem Kohlenmangel nicht abgeholfen werden kann. Welche Gefahr der chemischen Industrie im allgemeinen und der Farbstoffindustrie im besonderen droht, indem die wichtigsten Rohstoffe nur in geringem Maße erzeugt werden können, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Aber gerade unsere pharmazeutische und Farbstoffindustrie hat die Aufgabe, uns in die Weltwirtschaft aufs neue einzuführen.

Arbeitskräfte fehlen in der Landwirtschaft wie im Bergbau, also an den Stellen, wo wir Kraft zu neuen Taten schöpfen müssen. Wenn es nicht anders geht, wird die Regierung auf gesetzlichem Wege den Arbeitszwang einführen müssen, auch deswegen, um den Kommunen die gewaltigen Ausgaben für die Unterstützung der Arbeitslosen zum Teil wenigstens zu ersparen. Erfreulich ist, daß unter den Arbeitslosen im Kohlenrevier die Arbeitslust in der letzten Januarwoche etwas gewachsen ist. Das bietet immerhin einen schwachen Hoffnungsschimmer für eine Wendung der Dinge. Amerika unternimmt den Versuch zum Abbau der Kriegslöhne, was ihm mit Rücksicht auf seine zum Teil aus Negern bestehende Arbeiterbevölkerung erleichtert wird. Gelingt dieser Versuch, so müssen andere Länder folgen, auch wir. Nicht Volkswirtschaft innerhalb unserer Grenzpfähle rettet uns, sondern Anpassungsfähigkeit an die Weltwirtschaft.

Erfreulich war während der Berichtswoche auch die größere Geldflüssigkeit an unseren Börsen. Der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung hat Vertrauen erweckt, und die Geldhamster endlich veranlaßt, ihre Schätze hervorzuholen. Der innere Wert aller Industriepapiere ist unter den heutigen Verhältnissen natürlich schwer zu beurteilen und deshalb das Publikum vor Spekulationen zu warnen. Die beruhsamigen Spekulanten mögen sehen, daß sie ihr Geld los werden.

Wenig erfreulich hingegen ist die Tatsache, worauf während der Berichtswoche von berufener Stelle erneut hingewiesen wurde, daß chemische Erzeugnisse und Farbstoffe an den Verkehrserleichterungen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete nicht teilnehmen, pharmazeutische Erzeugnisse ausgenommen.

Die Aktien einiger chemischer Unternehmungen erzielten in der Woche vom 21. bis zum 27./1. ansehnliche Kurssteigerungen, z. B. A.-G. für Anilinfabrikation 18¼%, Badische Anilin 13%, Chemische Fabrik von Heyden 12¼%, Höchst 10% und Zellstofffabrik Waldhof 10¼%.

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Peru. Ausfuhr von Petroleum. Die Regierung verordnete, daß Petroleum nur mit besonderer Erlaubnis ausgeführt werden darf. (La Prensa, Buenos Aires, vom 28./10. 1918.)

Australien. Die Einfuhr von Weißblech ist laut Erlass vom 25./9. 1918 verboten worden, falls der Minister für Handel und Zölle nicht vorher die schriftliche Genehmigung hierzu erteilt hat. Der Erlass vom 6./12. 1916, der die Einfuhr von Weißblech,

das nicht in Großbritannien oder britischen Besitzungen hergestellt war, verbot, ist aufgehoben worden. (Chemical Trade Journal vom 11./1. 1919.) *on.*

England. Folgende Waren wurden für die Ausfuhr freigegeben: Erzeugnisse aus Kupfer und Zinn, Jute, Jutewaren, Taue, Säcke, Mineralöle, Motorspiritus, Petroleumerzeugnisse und Terpentin. (Telegraaf vom 19./1. 1919.)¹⁾

Die Regierung hat die Ausfuhr von 13 400 t Gerbstoffen und 300 t Bichromat nach Holland gestattet. Ferner sind Holland 150 000 indische und 250 000 argentinische Häute, ohne Gegenleistung, und 100 000 Häute, gegen Lieferung holländischer Waren, zugewiesen worden. (Alg. Handelsblad vom 21./1. 1919.)¹⁾ *dn.*

Der Munitionsminister hat den Erlaß vom Jahre 1918 über den Gebrauch von Wismut dahin gemäßigt, daß von nun an die monatlichen Nachweise über Erwerb, Verbrauch und Vorräte seitens der Industrie aufgehoben werden. (Times vom 11./1. 1919.) *ll.*

Frankreich. Die Einfuhr von Schmierölen sowie der Handel damit ist ab 10./1. 1919 freigegeben und der Höchstpreis aufgehoben worden. (Bull. des Halles vom 10./1. 1919.)¹⁾ *on.*

Italien. Laut Amtsblatt vom 16./1. 1919 ist der Handel mit Alkohol jeglicher Art und mit den Rohstoffen, die zu seiner Herstellung dienen, vom 19./1. ab wieder völlig freigegeben. — Eine Statthalterverordnung vom 14./1. 1919 setzt die Alkoholfabrikationssteuer auf 500 Lire für 1 hl reinen Alkohol fest, ebenso für Methylalkohol und jeden anderen Alkohol, der von dem zur Herstellung von Getränken dienenden Methylalkohol verschieden ist. (Sole 17. und 18./1. 1919.) *Ec.**

Norwegen. Verlängerung der Prioritätsfristen. Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19./8. 1918 (vgl. Angew. Chem. 31, III, 450 [1918]) wird bekanntgemacht, daß in Norwegen für Patente die bezeichneten Fristen zugunsten der deutschen Reichsangehörigen weiter bis zum 30./6. 1919 verlängert sind. *dn.*

Deutschland. Bindung der Fracht an das Ladegewicht der verwendeten Wagen. Die Bindung soll unter dem Gesichtspunkte erfolgen, daß grundsätzlich für die Frachtberechnung nach den Hauptklassen das Mindestgewicht auf 15 t festgesetzt wird, dabei das Mindestgewicht für die Anwendung der Nebenklasse von 5000 kg unverändert bleibt, die Anwendung der Hauptklasse auf 10-t-Sendungen als erleichternde Ausnahme und die Bindung der Frachtberechnung nach den Hauptklassen an die Ladegewichte der verwendeten Wagen, auch höherer als 15 t, bei hierfür geeigneten Gütern als erschwerende Ausnahme eingeführt wird. Die Prüfung, welche Güter für die Ausnahme in Betracht zu ziehen sind, ist von den am Unterausschusse der ständigen Tarifikommission beteiligten Verwaltungen nach folgenden Grundsätzen vorgenommen worden: 1. Von der Bindung der Frachtberechnung nach den Hauptklassen an mindestens 15 t sollen die Güter ausgenommen werden, mit denen nach ihrer natürlichen Beschaffenheit der Laderaum der Wagen mit 15 t Ladegewicht nicht ausgenutzt oder bei denen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen die gleichzeitige Auflieferung von 15 t nicht allgemein verlangt werden kann. Für diese Güter ist ein besonderes Verzeichnis aufgestellt worden (Liste A, bevorzugte Güter). 2. An höhere Ladegewichte als 15 t soll die Frachtberechnung nach den Hauptklassen gebunden werden bei Gütern, bei denen nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und nach den wirtschaftlichen Verhältnissen die Auslastung der Wagen auch mit höheren Ladegewichten als 15 t verlangt werden kann. Auch für sie ist ein besonderes Verzeichnis aufgestellt. (Liste B, erschwerte Güter). *B—n.*

Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen hat den Transport der im Bezirk M.-Gladbach lagernden Papiergewebe zur rechten Rheinseite genehmigt. *ar.*

Marktberichte.

Drogen, Vegetabilien, Chemikalien (28./1. 1919). Die Stimmung war während der verflossenen vier Wochen im allgemeinen sehr unregelmäßig. Die Preise erfuhren vielfach größere oder geringere Ermäßigungen, was die Kauflust anregte. Der Verkehr mit gewissen Artikeln gestaltete sich infolgedessen lebhafter, was schließlich in vielen Fällen aber auch wieder ein Steigen der Preise zur Folge hatte. Im allgemeinen sind die Vorräte knapp, allerdings nicht so knapp, daß dringender Bedarf nicht befriedigt werden könnte. Der wilde Handel, der auf einzelnen Gebieten das Geschäft ganz beherrscht, ist in seinen Unternehmungen entschieden vorsichtiger geworden. Durch die Absperrung der rechten von der linken Rheinseite haben sich auch am Chemikalienmarkt mancherlei Störungen bemerkbar gemacht, welche so leicht nicht behoben sein werden. Eine Reihe chemischer Großunternehmungen liegt im besetzten Gebiet, und die unterbundene Ausfuhr gewisser Rohstoffe und Erzeugnisse vom linken Rheinufer nach dem übrigen Deutschland hat bereits unangenehme Folgen gezeigt. Der Mangel an Schwefelsäure behindert die Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak, die ohnehin durch die Einschränkung der Kokserzeugung um 50% arg

gefährdet ist. Die für Schwefel- und Salzsäure von der Säurenkommission getroffenen Erleichterungen kommen daher zunächst wenig zur Geltung. Lieferungsanweisungen und Deckungsnachweise brauchen in der bisherigen Form nicht mehr erbracht zu werden. Die Säurenkommission (siehe S. 92 u. 100) wird sich hauptsächlich darauf beschränken, zwischen den Erzeugern und Verbrauchsberechtigten zu vermitteln. Die Erschwerung des Verkehrs zwischen dem rechten und linken Rheinufer rückt den Zeitpunkt der Freigabe der Bestände bei den Kriegsgesellschaften natürlich immer mehr hinaus. Besondere Erleichterungen sind also für die nächste Zeit ausgeschlossen. Die Untergebote für Gewürze weichen von den Forderungen vielfach erheblich ab. Für Pfeffer wurden 140—170 M das kg gefordert, überwiegend aber nur noch 100 M geboten. Zimt stand auf etwa 150 M, geboten wurde indessen erheblich weniger. Ganze und gemahlene Nelken würden heute 60—70 M das kg kosten, teils lagen die Forderungen auch erheblich höher. Knöterich war zu 150 M die 100 kg angeboten, und Lindenblüten würden 800 M die 100 kg kosten. Kümmel bedang vereinzelt wieder höhere Preise, und zwar bis zu 16 M das kg. Süßholz war in großen Posten und ohne Nennung genauer Preise am Markt. Für Glycerin, chemisch rein, stellte sich der Preis auf 19,50 M das kg. In den Apotheken kann die Abgabe von Glycerin wieder ungehindert erfolgen. Für einen Posten Benzin forderte der Handel 9,25 M das Liter. Cyankalium, 98/100%, war preiswert angeboten. Besser wäre es in solchen Fällen, den Preis von vornherein zu nennen. Sehr ungleiche Forderungen, teils jedenfalls infolge der Beschaffenheit, waren für Stärke genannt, nach der ziemlich Nachfrage vorlag. Die Preise schwankten zwischen 10—50 M das kg. Großwäschereien und ähnliche Betriebe kaufen alle erreichbare Ware auf. Dextrin, verkehrs- und beschlagnahmefrei, kostet heute etwa 8 M das kg, während vor nicht langer Zeit noch 11—12 M gefordert wurden. Von Borax lag Angebot in kleineren Mengen von vielen Seiten vor, das große Preisunterschiede aufwies. Gefordert wurden 25—33 M das kg. Borsäure war gesucht, aber kaum angeboten. Salmiak, 98/100%, weiß, kryst. oder pulv., kostete bis zu 185 M die 100 kg, zum Teil lag auch erheblich billigeres Angebot vor. Für Salmiakgeist, 0,910, wasserhell, war ein bestimmter Preis nicht genannt, und für Ätzkali, fest, in Trommeln von etwa 350 kg, wurden Gebote gesucht. Salmiakgeist war in anderen Angeboten auch mit 70—80 M die 100 kg bewertet. Das Angebot auf Quillajarinde war wie so viele andere sehr verschieden. Geschnittene Rinde kostete 19 M und pulverisierte bis zu 18 M das kg. Auch das Angebot lautete zum Teil wesentlich höher. Essigsäure, chemisch rein, 80%, war zu 5,75 M das kg käuflich. Citronensäure, kryst., bleifrei, sank von 80 auf 50 M das kg, war vorübergehend aber schon etwas billiger. Weinsteinsäure war gut gefragt und kostete zwischen 40—45 M; Cremortartar etwa 30 M das kg. Stangen vanille war hier und da zu verschiedenen Preisen angeboten. Vanillin war etwas mehr angeboten, aber auch um so mehr gefragt. Die Preise zogen kräftig an und standenschließlich auf 1100—1300 M das kg. Baldrianwurzeln waren genügend angeboten und die Preise im allgemeinen unverändert. Gefordert wurden 520—550 M die 100 kg. Ätherische Öle waren im allgemeinen weniger, einzelne Sorten vielleicht etwas mehr angeboten, ohne bei Käufern Interesse zu finden. Statt des früheren Preises für Menthol von 210 M wurden später nur noch etwa 175 M das kg gefordert. Sternanisöl war nach etwas besserer Nachfrage zu 70—80 M das kg angeboten. Chlorkalk war in kleineren Posten ohne Preisangabe am Markt. *—m.*

Zur Lage des englischen Drogen- und Chemikalienmarktes (28./1. 1919). Der Verkehr an den englischen Märkten hat sich, soweit die Berichte von dort reichen, bis jetzt nur wenig belebt, obwohl die Preise zum Teil mehr oder weniger ermäßigt worden sind. Zum Teil sind jedoch auch ansehnliche Preiserhöhungen erfolgt, da vielfach noch Mangel herrscht. Gewisse Erzeugnisse, welche vor dem Kriege aus Deutschland bezogen wurden, werden mit Erfolg auf synthetischem Wege hergestellt. Es bestehen indessen erhebliche Zweifel, ob diese Herstellung sich auch dann noch lohnen wird, wenn die Wiedereinfuhr möglich ist. In Kreisen der englischen Verbraucher wie des Handels wird der Unterbindung der Wiedereinfuhr aus Deutschland energisch widersprochen, weil dadurch ein großer Teil des englischen Handels lahm gelegt wäre. Die deutsche Industrie kann eben nicht ganz entbehrt werden. Es soll nicht unterschätzt werden, daß England mit seinen Bemühungen, die vor dem Kriege aus Deutschland bezogenen Erzeugnisse selbst herzustellen, achtungswürdige Erfolge erzielt hat. Diese Erfolge waren aber nur dadurch möglich, daß unter Fortfall des deutschen Wettbewerbs die in England wesentlich höheren Herstellungskosten durch entsprechend höhere Verkaufspreise aufgewogen wurden. Wenn nun nach Friedensschluß der deutsche Wettbewerb wieder einsetzt, was nach Ansicht englischer Handelskreise nicht verhindert werden kann, weil die Neutralen das denkbar größte Interesse daran haben, den Verkehr mit England zu vermitteln, so wird in England trotz der in Deutschland gestiegenen Erzeugungskosten die Herstellung zu kostspielig sein und voraussichtlich bald wieder eingestellt werden. Dieser Gedanke beschäftigt auch die englische Industrie, welche namentlich im letzten

¹⁾ W. N. D. Überseedienst.

Jahre ihre Zuflucht zu Fusionen gleichartiger oder ähnlicher Betriebe genommen hat, erst recht aber in neuester Zeit hierzu übergegangen ist, um dem deutschen Wettbewerb nach Friedensschluß gewachsen zu sein, was nicht allein für England, sondern auch für das Geschäft in anderen Ländern gelten soll. Große Nachfrage bestand im allgemeinen nicht, da alle Verbraucherkreise im Laufe der nächsten Zeit billigere Preise erwarten und nur dringenden Bedarf decken. Die Preise für Gewürze sind an den Hauptmärkten erheblich gesunken, obwohl die Ankünfte seit einiger Zeit unbedeutend waren. Schwarzer Singapore-Pfeffer sank von 1 sh. 6 d auf 1 sh. 2 d und weißer von 2 sh. 11½ d auf 1 sh. 8 d, während für Sansibarnelken statt 2 sh. 3 d nur noch 1 sh. 8 d gefordert wurden. Aloe, Cap, kostete etwa 55—60 sh., Anfang 1916 indessen nur etwa 30 sh. der Zentner. Menthol stand zuletzt auf 20 sh 6 d das lb., Anfang 1916 auf 11 sh. 6 d; Campher, jap., war mit 6 sh. 9 d das lb. angeboten gegenüber 1 sh. 9 d. Der Verkauf von Glycerin ist in England seit kurzer Zeit freigegeben. Für Cardamom, Ceylon, wurden verschiedene Preise verlangt, Ipecacuanhawurzel würde etwa 10 sh. 6 d (12 sh. 9 d bis 13 sh. 6 d) kosten. Alaun kostete unveränderte Preise, und zwar für inländischen Verbrauch 19 sh. und zur Ausfuhr 20—21 sh. (10 sh. 6 d—11 sh.) der Zentner. Rhabarber, chines., war mit 3 sh. (2 sh. 2 d) das lb. angeboten. Anisöl, chines., notierte etwa 6 sh. 4½ d (4 sh. 8 d) und Pfefferminzöl 25—30 sh. das lb. Balsame waren etwas mehr angeboten zu im allgemeinen hohen Preisen. Perubalsam stellte sich auf 19—20 sh. das lb. Auch das Angebot auf Japanwachs war lebhafter zum Preise von 112 sh. 6 d bis 115 sh. der Zentner. Borax war in ausreichenden Mengen bei gut behaupteten Preisen angeboten, die Käufer verhielten sich abwartend. Borax, kryst., kostete 42 sh. und pulv. 43 sh. gegenüber 25 und 28 sh. der Zentner. Für Borsäure waren nominelle Preise von 80—90 sh. (43—45 sh.) der Zentner angeboten. Soda war seit einiger Zeit besser begehrt und stark steigend. Ausländische Ware stellte sich auf 120—130 sh. die Tonne. Citronensäure war gut gefragt und stetiger; der Preis betrug 4 sh. 9 d das lb., gegenüber 2 sh. 8 d zu Anfang 1916. Oxalsäure war wenig gefragt und vielfach eine Kleinigkeit billiger; im Großhandel wurde Ware zu 1 sh. 5 d das lb. abgegeben. Harz der verschiedenen Herkunft war fest und unverändert. Die Vorräte sind immer noch sehr klein. Ihre Ergänzung stößt mangels Frachtraum auf Schwierigkeiten. Kautschuk war nur wenig belebt, die Preise neigten nach unten. Parasorten bedangen 2 sh. 7 d bis 2 sh. 4½ d das lb. Auch Schellack war billiger angeboten, und zwar T. N. Orange zu 290 sh. der Zentner. Weitere Preisermäßigungen werden erwartet. Cremortartar war wiederum etwas billiger angeboten und zwar zu 395 sh. (185 sh.) der Zentner. Salpetersäure fand wenig Nachfrage und kostete 2½ d das lb. Sehr hohe Preise bestanden noch immer für Chlorkalk, der unter 15 Pfd. Sterl. (14 Pfd. Sterl.) die Tonne nicht zu haben war. Wenig begehrt war Arsenik in Stücken, das 10 Pfd. Sterl. die Tonne kostete. Der Preis für Weinsäure belief sich auf 3 sh. 9 d bis 3 sh. 10 d das lb. Benzol war weniger dringend begehrt und schwach. Für 50er Ware forderte der Handel 1 sh. 3½ d bis 1 sh. 4 d die Gallone. Für Quecksilber fehlten genaue Preise. Ammoniumsulfat kostete für einheimischen Verbrauch 16 Pfd. Sterl. und Chilisalpeter 27 Pfd. Sterl. 10 sh. die Tonne.

Englischer Eisenmarkt. Die Regierung trifft Maßnahmen, um das Hamstern von subventioniertem Eisen und Stahl zu verhindern, und um das billige Regierungseisen gleichmäßig zu einem niedrigen Preise zu verteilen. Alle Besitzer von Eisen- und Stahlvorräten müssen am 30./4. 1919 eine Liste der Bestände einreichen. Den Firmen wird erlaubt werden, ihre Vorräte durch subventioniertes Material nach einem festgesetzten Schema zu erneuern. (Morn. Post vom 6./1. 1919.)

Aus der westfälischen Metallindustrie. Durch den plötzlichen und unerwarteten Umschwung, der sich, sowohl nach außen wie nach innen in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Deutschen Reiches vollzogen hat, wurde die Metallindustrie ebenso wie die gesamte übrige Industrie Deutschlands, in eine schwierige Lage gebracht. Die Umstellung der Betriebe mußte sich unter Umständen vollziehen, die die unangenehmsten Nebenwirkungen im Gefolge hatten. Das Zurückfluten der Kriegsteilnehmer, die ihre alte Beschäftigung wieder aufnehmen wollten, verschärfte die Lage, und auf vielen Werken ließen sich Arbeiterentlassungen nicht vermeiden. Bekanntlich hatte man sich in der Metallindustrie vielfach auf Fabrikate aus Eisen eingerichtet, und das ermöglichte es, die Weiterarbeit einigermaßen aufrechtzuerhalten, da diese Fabrikate unter Umständen auch für Friedenszwecke Verwendung finden konnten. Die größte Sorge allerdings blieb für die Werke die Brennstoffbeschaffung. Darin stellten sich Schwierigkeiten ein, die die Aufrechterhaltung der Betriebe ernsthaft in Frage stellten, denn die Kohlenzuweisungen hielten sich kaum im Rahmen von einem Drittel der wirklichen Bedarfsmenge. Diese Schwierigkeiten scheinen sich noch weiter zu verschärfen und wenn es nicht vielen Werken möglich

geworden wäre, sich etwas Brennstoffvorrat zu beschaffen, so würde heute die Metallindustrie Westfalens zum größten Teile stillliegen.

Was die Beschaffung der Rohmetalle betrifft, so unterliegen die sogenannten Sparmetalle (Kupfer, Messing, Zink, Zinn usw.) nach wie vor der staatlichen Bewirtschaftung, die Änderung besteht lediglich darin, daß an Stelle der früher üblichen Belegscheine heute Zuweisung aus den Reichsbeständen nur auf Grund sogenannter Kontingentscheine erfolgt (vgl. Angew. Chem. 31, III, 617 [1918]). Während der Übergangszeit ist es nun vielen Werken möglich geworden, sich mit Metall zu versorgen, vor allem infolge Aufhebung der Metallbeschlagnahme. Viele Werke hatten größere Bestände aus der Kriegszeit, auf Grund deren sie in der Lage sind, ihrer Friedenskundenschaft Angebote zu machen, zu Preisen, die unter denen der Kriegsmetall-A.-G. liegen. Diese Untergebote machen sich am Markt recht unangenehm bemerkbar. Es scheint aber dabei auch vielfach das Bestreben zu herrschen, die Aufträge an sich zu ziehen, um die Arbeiter beschäftigen zu können. Die in den Händen der Metallhändler sich befindenden Mengen werden bei der Aufhebung der Höchstpreise nur zu außerordentlich hohen Preisen abgegeben, und zwar sollen sich dieselben für Abfall von gewöhnlichen Messingqualitäten auf etwa 350—400 M für 100 kg belaufen. Vielen Abnehmern ist die Beibringung der geforderten Kontingentscheine nicht möglich. Die Händler z. B. befinden sich in dieser Beziehung in großen Schwierigkeiten, und da naturgemäß die Nachfrage bei der Knappheit der Metalle groß ist, so lassen sich vielfach höhere Preise durchsetzen als wie heute von der Vereinigung der deutschen Messingwerke festgelegt sind. Auf Grund der Metallpreise der Kriegsmetall-A.-G. hat die Vereinigung einen Grundpreis von 400 M für Messingbleche und Messingdrähte festgesetzt. Bei den außergewöhnlich hohen Selbstkosten aber wird dieser Preis allgemein für zu niedrig gehalten und von den meisten Werken bei geringen Mengen ein Aufpreis verlangt. Andere beschränken sich, unbekümmert um die Auftragsmenge, auf den Preis von 400 M. Einen Ausgleich finden die Lieferwerke dadurch, daß die früher maßgebenden Überpreise um 100% Teuerungszuschlag erhöht worden sind, doch wird auch dieser Zuschlag noch für unauskömmlich gehalten, und es liegen bei der Vereinigung bereits Anträge auf eine neue Preisregelung vor.

Wie sich die Metallversorgung nach Friedensschluß gestaltet, darüber ist man in den beteiligten Kreisen noch ganz im unklaren. Ohne die Zufuhr aus dem Auslande kann die Industrie nicht bestehen. Zweifelsohne befinden sich in Amerika große Kupfermengen auf Lager, die dem allgemeinen Verbrauch zugänglich gemacht werden müssen, da der Zinsverlust auf diese Vorräte mit der Zeit ein recht erheblicher sein wird. Heute wird Elektrolytkupfer zu einem Preise von 700 M die 1000 kg gehandelt. Die Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft, bekanntlich die einzige Gesellschaft in Deutschland, die Kupfer in größeren Mengen an den Markt bringt, kann nach ihren Angaben zu diesem Preise das Kupfer nicht liefern, da durch die eingetretenen ungünstigen Gesteinsverhältnisse ihre Selbstkosten einen höheren Preis bestimmen. Die Folgewirkungen der Revolution haben sich bei den Arbeitern der westfälischen Werke im großen und ganzen in ruhiger Weise vollzogen. Der achtstündige Arbeitstag ist eingeführt, und sowohl den Tagelohnarbeitern wie auch den Stücklohnarbeitern sind die Lohnsätze so erhöht worden, daß durch die Verminderung der Arbeitszeit keine Verdiensteinbuße eingetreten ist. Aber selbst aus sozialistischen Kreisen werden Bedenken laut, daß sich die neuen Arbeitsmethoden auf die Dauer kaum aufrechterhalten lassen, wenn nicht die ganze Industrie zugrunde gerichtet werden soll. Die Werke haben sich lediglich den Forderungen der Organisationen gefügt, dabei aber jede Verantwortlichkeit für die Folgen selbst abgelehnt. Etwas anders würde die Sachlage allerdings, wenn diese Arbeitsmethoden international geregelt und die achtstündige Arbeitszeit sowie die hohen Lohnsätze auch in den anderen Ländern eingeführt würden. Jedenfalls ist es unmöglich, bei dem unglücklichen Ausgange des Krieges unter derartigen Arbeitsbedingungen konkurrenzfähig zu bleiben, dazu in einem Zeitpunkte, wo es mehr wie sonst dringende Notwendigkeit wäre, alle Kräfte zu sammeln, um unser Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Mit solchen sinnlosen Forderungen, wie sie heute vielfach von den Arbeitern erhoben werden, läßt sich das Staatswohl nicht vereinigen.

Bezüglich der vor Kriegsausbruch vollzogenen Abschlüsse in Kupfer sind inzwischen reichsgerichtliche Urteile ergangen, nach denen die Metallhäuser von der Erfüllung ihrer Verpflichtungen befreit worden sind, eine Tatsache, die logischerweise auch von den Abschlüssen in Messingerzeugnissen entsprechende Befreiung bedingt. Es ist allerdings noch ein Prozeß nicht erledigt, den ein bedeutendes Messingwerk mit einem Metallhause zum Austrage bringt. Zur Vermeidung vieler Prozesse wäre eine generelle gesetzliche Regelung dieser die verschiedenartigsten Industriezweige bewegenden Fragen sehr am Platze. (Rh.-W. Ztg.)

Erhöhung der Zündholzpreise. Das Steigen der Preise für ausländische Zündhölzer hat eine Erhöhung der Höchstpreise für Auslandszündhölzer erforderlich gemacht. Diese sind mit sofortiger Wirkung auf 1 M für zehn Schachteln oder 10 Pfg. für eine Schachtel festgesetzt worden.

1) W. N. D. Überseedienst.

Holz in Französisch-Westafrika. Der amerikanische Konsul in Dakar, Senegal, ist vom Generalgouverneur auf den fast unerschöpflichen Vorrat an Mahagoni bzw. „Okume“ hingewiesen worden, der sich in Gabon im französischen Kongo findet und zu weit geringeren Preisen geliefert werden kann, als bis jetzt für anderes westafrikanisches Holz bezahlt wird. Man hofft, amerikanische Mahagonihändler für die Angelegenheit interessieren zu können. (Holzmarkt.)

Eine Verfügung der ungarischen Landes-Preisbestimmungskommission (Zahl 8500/18) enthält Richtpreise für Lacke, Schuhcreme, Tinten und Waschblau. Die Verordnung ist vom 20./10. 1918 datiert. (Handelsmuseum.)

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Monopole, Zwangswirtschaft.

Vom amerikanischen Stahltrust. Nach dem letzten Ausweis der United-States Steel Corporation für das 4. Vierteljahr 1918 betragen die Einnahmen 36 354 000 Dollar gegen 42 965 000 Dollar im Vorquartal, 59 724 000 Dollar im 4. Quartal des Vorjahres und 105 917 439 Dollar im 4. Quartal 1916. Auf die einzelnen Monate verteilen sich die Einnahmen wie folgt:

	4. Quartal 1918	8. Quartal 1918	4. Quartal 1917	4. Quartal 1916
Oktober	13 660 000 (Juli)	15 261 000	21 836 000	35 177 393
November	11 859 000 (Aug.)	14 088 000	19 903 000	36 443 543
Dezember	10 835 000 (Sept.)	13 613 000	17 985 000	34 296 508
Zus.	36 354 000	42 962 000	59 724 000	105 917 439

Der Reingewinn nach Abzug der Zuwendungen an die Tilgungsfonds, der Abschreibungen und der Erneuerungen stellt sich auf 25 437 000 Dollar gegen 32 069 000 Dollar im Vorquartal, 48 035 000 Dollar im 4. Quartal des Vorjahres und 96 322 000 Dollar im 4. Quartal des Jahres 1916. Auf die Vorzugsaktien wurde die übliche Vierteljahrsdividende von 1 1/4 Dollar erklärt, auf die Stammaktien wie bisher 1 1/4 Dollar und eine Extradividende von 1 Dollar gegen 2 Dollar im Vorquartal. Die Gesamtsumme der zur Auszahlung der Dividenden benötigten Gelder beträgt 6 304 919 Dollar für die Vorzugsaktien und 11 437 000 Dollar für die Stammaktien gegen 16 250 000 Dollar im Vorquartal. Nach Abzug der Dividenden bleibt ein Surplus von 2 997 000 Dollar.

Sheffield Steel Products Ltd. ist mit einem Kapital von 1 Mill. Pfd. Sterl. gegründet worden, um die Geschäfte von „Carr, Wild & Company Ltd.“, von „Boswell, Hatfield & Company Ltd.“, von „E. W. Cheesman & Company, Sheffield Steel Products“, „Arnold & Son“ und die der „Chaucer Plating Company“ zu übernehmen. Die Geschäftsstelle der neuen Gesellschaft ist: New Enterprise Works, Egerton Street, Sheffield.

Eine Interessengemeinschaft der englischen Marmeladefabriken schlossen die Firmen Crosse and Blackwell, Ltd. (gegr. 1706), James Keiller & Son, Ltd. (gegr. 1797) und E. Lazenby & Son, Ltd. (gegr. 1776). (Morn. Post, 13./1. 19.)

Der Sole vom 10./1. 19 berichtet über eine in Mailand stattgehabte Tagung des italienischen Verbandes der Interessenten der Gefrierindustrie. Hervorzuheben ist ein Beschluß, der die Schaffung einer Gefrier-Versuchsstation in Zusammenhang mit den Laboratorien der landwirtschaftlichen Hochschule (Reale Scuola Superiore di Agricoltura) und des Polytechnikums als dringend bezeichnet. — Einstimmig ist ferner beschlossen worden, mit den Vertretern der anderen Verbandsländer Fühlung zu nehmen wegen des Ausschlusses der deutschen und österreichischen Mitglieder (außer den tschechischen und jugoslawischen) aus dem Internationalen Verband der Kälteindustrie, der im Februar tagen soll; der Ausschuß erscheine ebenso wie bei anderen wissenschaftlichen Verbänden aus höheren Rücksichten geboten. Ec.*

Ruthenische Rohölzentrale in Budapest. Wie Krakauer Blätter melden, haben die Ruthenen in Budapest eine Zentrale für den Vertrieb von galizischem Rohöl errichtet. Das Rohöl soll nach Budapest geleitet und von dort an die Raffinerien in Nieder- und Oberösterreich, Böhmen und Mähren weiter geschickt werden. (Prager Tagblatt vom 19./1. 19.)

Zur Vertretung der Gesamtinteressen der Fachschriftsteller soll ein Schutzverband deutscher Fachschriftsteller (SDF) gegründet werden. Sobald die Truppentransporte aufhören und einigermaßen geregelte Verkehrsverhältnisse eintreten, wird die konstituierende Versammlung, wahrscheinlich in Berlin oder Leipzig, stattfinden. Anträge und Wünsche sowie Beitrittserklärungen sind an Herrn Brauer-Tuchorze, Hannover D., Ziegelstraße 15 I zu richten. Der Beitrag ist einstweilen auf 3,— M für das Vierteljahr festgesetzt.

In Berlin hat sich ein Fachverband kaufmännischer Angestellten im Eisen-, Eisenwaren-, Metall- und Stahlhandel E. V. gebildet.

1) W. N. D. Überseedienst.

Syndikatsbildung in der Harzindustrie. Die Cumaronharz herstellenden Werke planen, nach einer Meldung der „Köln. Volksztg.“, die Gründung eines Syndikats, da die Harzbewirtschaftung durch den Kriegsausschuß bald ihr Ende erreicht. Eine demnächst stattfindende Versammlung soll darüber beschließen.

Ein schweizerisches Kohlenmonopol? Wie die „Basler Nationalzeitung“ von angeblich unterrichteter Seite erfährt, hat der Chef des eidgenössischen volkswirtschaftlichen Departements den Auftrag gegeben, die Einrichtung eines eidgenössischen Kohlenmonopols vorzubereiten. Das Blatt fügt der Meldung hinzu, nur die schärfste Kampfansage könne diesen Plan vereiteln.

Mit Zustimmung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung Gruppe Chemie hat die Säurenkommission (früher Kriegs-Säurenkommission) (vgl. S. 92) am 31./1. 1919 ein Rundschreiben erlassen, das wir nachstehend veröffentlichen:

Mit Wirkung ab 1./1. 1919 wird die Säurenkommission weiter abgebaut. Ihre Tätigkeit beschränkt sich alsdann im wesentlichen auf die Mitwirkung bei der Unterbringung von Säurebeständen, welche sich noch bei Pulver- und Sprengstoffabriken befinden. Alle Zuschriften, welche die Abteilung „Wagen“ betreffen, sind unter dem Stichwort „Betrifft Säurewagen“ an die Kriegschemikalien-Aktiengesellschaft, Abt. Kw., Berlin W 9, Köthener Straße 1—4, zu richten.

Nachdem es seit Mitte des letzten Monats bekanntlich bereits im wesentlichen Sache der Verbraucher war, sich die bisher von der Säurenkommission bewirtschafteten Säuren in der gleichen Weise wie im Frieden selbst zu beschaffen, werden Erzeuger, Wiederverkäufer und Verbraucher in Zukunft vollständig auf sich angewiesen sein. — Mit Hinblick auf verschiedene Mißverständnisse wird bemerkt, daß selbstredend hierdurch die Beschlagnahme nicht berührt wird: Mit Ausnahme des auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen besetzten Gebietes, für welches am 9./12. 1918 bekanntlich die Beschlagnahme selbst vorläufig aufgehoben wurde, darf ein Säureverbrauch nur auf Grund von Erlaubnisscheinen stattfinden, es sei denn, daß Kleinverbrauch im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen vorliegt.

Die Versender sind aufgefordert worden, die Lieferungen in tunlichste Übereinstimmung mit den Verbrauchsberechtigungen zu bringen. Die Verbraucher werden gebeten, im gleichen Sinne vorzugehen und ihren Lieferanten auf Anfrage die Verbrauchsberechtigung nachzuweisen. Nur bei einer derartigen Selbstkontrolle der Industrie ist es möglich, daß alle Verbraucher so viel Säure erhalten, wie sie verwenden dürfen.

Säurenkommission
Plüningner.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Verdrängung des deutschen Handels in Brasilien durch die Vereinigten Staaten? Die Regierung der Ver. Staaten hat einen wohl-durchdachten Plan zur wirtschaftlichen Durchdringung Brasiliens entworfen; sie ruft alle Kaufleute auf, die die südamerikanischen Marktverhältnisse kennen und über spanische und portugiesische Sprachkenntnisse verfügen. Mit Hilfe dieses festorganisierten Stabes sollen Banken, Ausfuhrhäuser und Industrielle die latein-amerikanischen Länder systematisch bearbeiten und für den nord-amerikanischen Handel erobern. Die deutsche Firma Amsinck & Co., die im Norden Brasiliens bedeutende Interessen hatte, ist bereits von nordamerikanischen Kapitalisten aufgekauft worden. Die amerikanische Propaganda gewinnt täglich an Boden, so daß der Handelssachverständige der nordamerikanischen Botschaft in Rio de Janeiro einer Versammlung von Vertretern der amerikanischen Bank- und Handelswelt in New York erklärte, das „made in Germany“ hätte dank dem System der schwarzen Listen seine Bedeutung für Latein-Amerika verloren. Trotz dieser optimistischen Äußerung gibt es doch Stimmen, die sich dessen bewußt sind, daß die großen Anstrengungen, die Amerika im Verlaufe des Krieges unter geschickter Ausnutzung der Abwesenheit englischer, französischer und deutscher Waren zur Gewinnung des brasilianischen Marktes gemacht hat, der Systematik entbehrten. Gewisse Machenschaften nordamerikanischer Spekulanten und Agenten haben sogar eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen. Sie haben den brasilianischen Markt mit minderwertigen Waren überschwemmt und hielten die vereinbarten Lieferfristen nicht ein. In bezug auf Menge und Güte wurden den Brasilianern gegenüber die weitestgehenden Verpflichtungen eingegangen, ohne daß man an ihre Verwirklichung dachte. Obendrein wurde anstatt der in Latein-Amerika üblichen entgegenkommenden Zahlungsbedingungen Kasse vor Absendung der Ware in New York verlangt. Es sind Fälle bekannt, wo brasilianische Händler große Aufträge erteilt und bezahlt hatten und trotzdem die Waren erst nach Zahlung eines Aufschlages von 3—5 v. H. und noch höherer Zuschläge erhielten, weil die Warenpreise zwischen dem Kauf- und Ablieferungsdatum

um diese Spanne gestiegen waren. Selbst bekannte amerikanische Fabrikanten haben sich dieser Methode bedient, daher sind die Eindrücke, die die Brasilianer von der Zuverlässigkeit des amerikanischen Kaufmannes erhalten haben, nicht gerade die günstigsten. — Im vorteilhaften Gegensatz zu diesen Vorkommnissen steht die von den Deutschen verfolgte Taktik der Gründung von Banken und Ein- und Ausfuhrhäusern, die die Geschäfte großzügig behandelten und günstige Zahlungsbedingungen gewährten. Daher gibt es Amerikaner, die nicht der optimistischen Auffassung der Handelsachverständigen sind, sondern, wie der Korrespondent des New York Herald kürzlich berichtete, folgende Meinung vertreten: „Brasilien empfindet Sympathie, Freundschaft und Bewunderung für die Ver. Staaten. Beide Länder sind Verbündete, es hat aber nicht den Anschein, daß die Ver. Staaten es verstanden hätten, den brasilianischen Handel für sich einzunehmen.“ Der solide nordamerikanische Handel bietet alles auf, um den ersten schlechten Eindruck, den amerikanische Spekulanten hervorgerufen haben, zu verwischen und den Ansprüchen der südamerikanischen Kundschaft besser nachzukommen, damit er nach Kriegsende dieses gute Absatzgebiet behält. Augenblicklich bleibt den Südamerikanern zwar kein anderer Lieferant, aber nach Aufnahme der Ausfuhr aus Europa würden sie auf englische, französische und selbst auf deutsche Waren zurückgreifen. Die Vereinigten Staaten, deren Anteil an der brasilianischen Ausfuhr von 32% im Jahre 1912 auf 50% im Jahre 1917 gestiegen ist, sind auf einen Wettstreit mit Deutschland gerüstet, dagegen werden England und Frankreich einen harten Kampf gegen die beiden erstgenannten großen Konkurrenten auszufechten haben. Sie können lediglich eine Tatsache durch eine geschickte Handelspolitik für sich ausnutzen: das neuerdings verstärkte Streben Brasiliens nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit infolge der Lehren des Krieges. Das Land hat erfahren, welche Bedeutung es besitzt und welche Bedeutung es erlangen kann. (N. W. D. Übersiedienst.) *on.*

Ägypten. Der Unterstaatssekretär des Finanzministeriums in Kairo meldet dem Board of Trade, daß sein Ministerium eine Handelsnachrichtenabteilung gegründet hat. Um engere Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und ägyptischen Kaufleuten zu pflegen, wünscht das Ministerium eine möglichst vollständige Sammlung von Katalogen britischer Fabrikanten anzulegen. Die Kataloge müssen von britischen Firmen direkt an das „Commercial Secretary, Ministry of Finance, Cairo“ gerichtet werden. (Board of Trade Journal vom 28./11. 1918.) *u.*

England. Der englische wirtschaftliche Nachrichtendienst findet fortgesetzt weitere Ausgestaltung. Wie das „Journal of Commerce“ berichtet, ernannte der Verband der Waliser Weißblechfabrikanten den Abgeordneten Sir Edgar Jones zu seinem Nachrichtenagenten, dessen Aufgabe es sein soll, die Entwicklung der Märkte in allen Ländern zu überwachen und dem heimischen Handel hierüber zu berichten. Eine solche Neuerung ist in England bisher noch von keiner Industrie getroffen worden. *u.*

Schweiz. Handelsabkommen mit Italien. Zwischen der italienischen und schweizerischen Regierung ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem die schweizerischen Baumwollspinnereien größere Mengen Rohbaumwolle, die seit längerer Zeit in italienischen Häfen lagern, geliefert erhalten. Als Gegenleistung erklären sich die schweizerischen Farbstofffabrikanten bereit, an die italienische Textilindustrie größere Mengen von Farbstoffen und Chemikalien abzugeben. (Allgem. Textil-Ztg. vom 17./1. 1919.) *u.*

Bergbau und Hüttenwesen.

Mexiko. Die stärkste Petroleumquelle der Mexican Eagle ist durch Eindringen von Wasser zerstört worden. (Alg. Handelsblad vom 20./1. 1919.) *on.*

In Grönland sind reiche Kohlenlager entdeckt worden. (Stockholms Dagblad vom 23./1. 1919.) *u.*

Türkei. Die Braunkohlengruben von Üsünköprü, die von der Orientalischen Eisenbahn ausgebeutet werden, erhalten jetzt eine neue maschinelle Einrichtung, die von einer deutschen Firma geliefert wird. Dadurch soll die Förderung stark gesteigert werden. *u.*

England. Einem amerikanischen Bericht zufolge hat Großbritannien Bohrgerät für zehn Ölbrunnen aus den Vereinigten Staaten von Amerika bezogen. Sieben Brunnen sollen in der Nähe von Chesterfield (Derbyshire) und zwei weitere in Schottland gebohrt werden. Die Tiefe wird mindestens 4000 ft betragen. (Mining Journal vom 28./12. 1918.) *on.*

England. R. Tilden Smith ist um Lizenzbewilligung für das der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft gehörige Patent Nr. 5189 von 1915, betr. Verarbeitung von Eisenerzen in Pulverform, eingekommen. Aus dem Bericht der Verhandlung geht hervor, daß Tilden bereits 5 Anlagen gebaut hat, während Vorbereitungen zu 8 weiteren Anlagen schon getroffen sind, und der Wert der Gesamtanlagen sich auf $\frac{3}{4}$ Mill. Pfd. Sterl. beläuft. Die Abfindungssumme für den Inhaber des Patentes soll 50 Pfd. Sterl. je Anlage betragen. (Journ. of Comm. vom 13./1. 1919.) *u.*

Schweiz. Die Walliser Anthrazitlager (s. Angew. Chem. 31, III, 42 [1918]), die in früheren Zeiten nur in primitiver Weise nutzbar gemacht wurden, werden heute unter Verwendung ganz moderner Einrichtungen ausgebeutet. Die ehemals gewohnte Beimischung mit Steinen versteht man jetzt zu vermeiden. Als Nußkohle bringt dieser Anthrazit gegenwärtig je nach der Größe der Körnung 12 bis 15 Fr. für 100 kg ab Verladestation. Eine große modern eingerichtete Brikettfabrik kommt demnächst in Betrieb. Der Wärmewert der Walliser Kohle ist annähernd zwei Drittel der ausländischen, ihr Aschegehalt beträgt etwa 25–40%. Es werden täglich an 100 t gefördert, doch hofft man, die Gewinnung auf ein Mehrfaches steigern zu können. In der Hauptsache dürfte die Entwicklung dieser Industrie davon abhängen, zu welchen Preisen nach Friedensschluß ausländische Kohlen wieder ins Land kommen. (Bericht aus Basel vom 2./1. 1919.) *on.*

Ungarn. Nach einer Meldung des Ujság stieß man in der Umgebung von Nagykanizsa auf Kohlenvorkommen. Die Förderung in größerem Maßstabe soll für die nächste Zeit beabsichtigt sein. *u.*

Chemische Industrie.

Vereinigte Staaten. Bei der Federal Trade Commission wurden zwei neue Gesuche zur Ausnutzung feindlicher Patente eingereicht. Die Reaktor Chemical Company, New York, hat um die Ausnutzung eines Patentes nachgesucht, das im Jahre 1905 der Firma E. Merck in Darmstadt zur Herstellung von C-C-Dialkyl-Barbitursäure und für die chemischen Prozesse zur Herstellung derselben gewährt worden ist.

Die Ault and Wiborg Company in Cincinnati hat um die Erlaubnis zur Ausnutzung eines Patentes nachgesucht, das im Jahre 1903 der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin für rote Azurfarbe gewährt worden ist. Die Kommission steht über die Gewährung dieser beiden Gesuche in Verhandlung. (Oil, Paint and Drug Reporter, New York, vom 11./11. 1918.) *on.*

Durch die Bemühungen der Textile Colour Card Association ist jetzt eine Normalfarbkarte für die amerikanische Textilindustrie geschaffen worden. (Am. Exporter vom Nov. 1918.) *ar.*

Die Einfuhr von Naturindigo in den ersten 7 Monaten 1918 betrug 1,33 gegen 1,27 Mill. Pfd. Sterl. i. V., die Einfuhr von synthetischem Indigo 0,53 gegen 0,90 Mill. Pfd. Sterl. i. V. (Text. World Journ. vom 26./10. 1918.) *u.*

Britisch-Indien. Die Regierung von Bombay hat die Gründung der Pioneer Magnesia Co. gestattet, die Chlormagnesium und Magnesiumsulfat in den Pritchard Salt Works, Kharaghoda, herstellen wird. (Board of Tr. Journ. vom 8./1. 1919.) *on.*

Niederlande. In der Gasanstalt zu Bergen-op-Zoom sind Versuche für die Gewinnung von Gas aus Holz erfolgreich durchgeführt worden, so daß die Gasbelieferung auch ohne Kohlenzufuhr bis Ende Februar gesichert ist. (Alg. Handelsblad vom 20./1. 1919.) *on.*

England. In der Generalversammlung von Boots Cash Chemist (Eastern) Ltd., einer der Tochtergesellschaften der Boots Pure Drug Company Ltd., am 15./1. 1919 in London machte der Vorsitzende Sir Jesse Boots eine Reihe von Mitteilungen über die Kriegstätigkeit der Muttergesellschaft. In erster Linie rühmte er, daß es der Gesellschaft gelungen sei, ein chemisches Produkt als Füllung für Gasschutzapparate zu erzeugen, das absolute Sicherheit auch gegen die gefährlichsten feindlichen Giftgase gewährt hätte. Fast die ganzen chemischen Bestandteile der 20 Millionen hergestellten Gasschutzapparate dieser Art habe die Firma geliefert und nicht weniger als $7\frac{1}{2}$ Millionen vollständige Apparate für die englischen, amerikanischen und italienischen Truppen. Dabei habe die Gesellschaft während der letzten 9 Monate des Krieges das Füllen der Apparate zu Selbstkosten übernommen. — Abgesehen von den Anlagen zur Herstellung von Saccharin seien in Nottingham fünf neue Gebäudeblocks zur Herstellung pharmazeutischer Produkte errichtet worden. Die Unabhängigkeit von deutschen Erzeugnissen trete immer mehr in die Erscheinung. Besonders große Mengen von Aspirin, Phenacetin, Atropin usw. seien hergestellt worden, ferner von Proflavin und Acriflavin. Während des Krieges seien 115 Mill. Sterilisierungstabletten hergestellt worden, um die Truppen vor der Gefahr vergifteten Trinkwassers zu schützen.

Die Saccharinherstellung habe die Gesellschaft anfangs nur in kleinem Maßstab betreiben wollen, sich aber durch die Regierung dazu bringen lassen, sie in viel größerem Umfang aufzunehmen. Während der Zuckerknappheit habe die Gesellschaft das Material für 1785 Mill. Tabletten zu niedrigen Höchstpreisen an die Regierung geliefert, die es an die Hersteller von Tabletten lieferte. Die von anderen einheimischen Herstellern gelieferte Menge Saccharin sei so gering gewesen, daß noch teures ausländisches Saccharin habe eingeführt werden müssen. Obgleich grundsätzlich Freihändler, erklärte Sir Jesse zum Schluß doch, daß er für eine Übergangszeit einen Zollschatz für englisches Saccharin für angezeigt halte. (Economist vom 18./1. 1919.) *Ec.**

¹⁾ W. N. D. Übersiedienst.

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1918. Die dem „Statistischen Reichsamt“ zugegangenen Berichte lassen deutlich erkennen, daß die im November begonnene ungünstige wirtschaftliche Entwicklung im Dezember sich noch in verstärktem Maße fortgesetzt hat. Die Hauptindustrieweige zeigen sowohl dem Vormonat wie auch dem Vorjahr gegenüber meist eine vermehrte rückgängige Bewegung des Geschäftsganges. Die Arbeitslosigkeit hat sich weiterhin bedeutend gesteigert; aber sie hat ihren Grund nicht lediglich in dem Mangel an Arbeit, der vielfach durch die fehlenden Rohstoffe hervorgerufen worden ist, sondern beruhte zum großen Teil darauf, daß die Arbeiter sich weigerten, nach den Gegenden dringenden Bedarfs abzufließen, wie sich überhaupt eine gewisse Arbeitsunlust bemerkbar machte. So wurden Ende des Jahres 1918 in Berlin bereits weit über 100 000 Arbeitslose, in Köln 28 000, in Frankfurt a. M. 12 000 und in Aachen 10 000 gezählt.

Bergbau und Hüttenwesen. Aus dem Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes, des Aachener, nieder- und oberschlesischen sowie Zwickauer Bezirks wird berichtet, daß die Förderung auch im Monat Dezember wesentlich hinter den Ergebnissen des Vormonats und Vorjahrs zurückgeblieben ist. Als Gründe dafür werden die politischen Verhältnisse, die damit in Verbindung stehende Arbeiterbewegung, der teilweise große Arbeitermangel, verschärft durch die Entlassungen der Kriegsgefangenen, sowie verschiedentlich auch der durch die Lebensmittelknappheit bedingte Rückgang der Leistung der Arbeiter angegeben. Aus dem Ruhrgebiet wird über eine Einschränkung der Koksherstellung um 50% berichtet. Die anhaltende starke Nachfrage konnte nicht gedeckt werden. Lohnerhöhungen haben auch weiterhin stattgefunden. Die berichtenden Unternehmungen, besonders diejenigen im Ruhr- und oberschlesischen Gebiet, melden, daß sie von keinerlei Streikbewegung betroffen worden sind. Nur aus dem Saargebiet wird berichtet, daß die Förderung der staatlichen Gruben sich wieder gehoben hat. Obwohl zwei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen, wurden 103 000 t mehr gefördert. — Für den Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands wird von Verbandseite berichtet, daß die Lage im allgemeinen dieselbe geblieben ist wie im Vormonat. Die außerordentlich lebhaft, zum Teil stürmische Nachfrage nach Erzeugnissen aller Art konnte nicht befriedigt werden, da wegen des verschärften Arbeitermangels infolge des Abtransportes oder der Arbeitsverweigerung der noch nicht abgeführten Kriegsgefangenen die Leistungsfähigkeit der Werke nicht ausgenutzt werden konnte. Ein Teil der Unternehmungen konnte aus diesem Grunde nur in einer Schicht arbeiten. Infolge der Demobilisation war zwar ein reichliches Angebot an Arbeitskräften, besonders in den Städten, vorhanden, aber die Leute konnten sich nicht zur Arbeit in den Kohlengruben entschließen oder gaben sie, wenn sie wirklich eingetreten waren, nach wenigen Tagen wieder auf. Arbeitseinstellungen sind nur in einigen wenigen Fällen vorgekommen und nur von kurzer Dauer gewesen. Dagegen wird lebhaft über den Rückgang der Leistungen geklagt, der in dem Wechsel innerhalb der Belegschaft und der Unruhe infolge der politischen Ereignisse seine Erklärung findet. — Aus der Niederlausitz wird gemeldet, daß die Nachfrage nach Briketts sehr stark war, aber daß die Leistungsfähigkeit der Gruben infolge Arbeitermangels und Einführung der Achtstundenschicht bedeutend zurückgegangen ist. — Die Beschäftigung in den Eisenhüttenbetrieben Westdeutschlands wird als unbefriedigend und ungünstiger als im Vormonat geschildert. Gründe verschiedener Natur werden hierfür angegeben. So wird aus Rheinland-Westfalen berichtet, daß der Waffenstillstand und die Demobilisation die Umstellung der Werke auf Friedensarbeit nötig machte, da vielfach Kriegsaufträge zurückgezogen wurden und dafür Aufträge von Privaten und Händlern fast auf allen Gebieten des Eisenmarktes in großem Umfange sich einstellten. Diesem Umstellen der Erzeugung standen aber große Hindernisse, insbesondere die Verkehrssperre, entgegen, die auch die geregelte Wiederaufnahme der Lieferungen nach dem Auslande untunlich machte; die versandfertigen Waren häuften sich in solchem Maße, daß die durch die notwendige Beschäftigung der Leute gebotene laufende Erzeugung kaum noch gelagert werden konnte, wodurch wiederum große Gefahren für die Fortführung der Betriebe verursacht wurden. Noch bedeutender waren aber die Schwierigkeiten, die sich aus der Unterbindung des Verkehrs mit dem linksrheinischen Gebiete, vor allem mit Lothringen und Luxemburg, ergaben. Bereits seit Mitte November blieb die Minette aus, so daß die Hochofenwerke von ihren Vorräten zehren mußten, da die übrigen deutschen Gruben nicht genügende Mengen geeigneter Erze liefern konnten und auch infolge der Blockade der Ostsee keine Erze aus Schweden zu erhalten waren. Dazu traten Stockungen im Verkehr der nicht besetzten Gebiete, die gleichfalls die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen wie Kalkstein, Dolomit usw. erschwerten. Besonders empfindlich machte sich auch die Kohlennot fühlbar, so daß eine Reihe von Hochofen ausgeblasen werden oder das beabsichtigte Anblasen neuer Öfen

unterbleiben mußte. Der Rückgang der Kohlenförderung und Roh-eisenerzeugung wirkte natürlich auf die gesamte eisenverarbeitende Industrie ein, so daß viele Werke infolge Roh- und Brennstoffmangels zu erheblichen Einschränkungen, ja teilweise zur ganzen Einstellung ihrer Betriebe gezwungen wurden. Eine weitere Einschränkung der Betriebe wurde durch das Ausscheiden der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitskräfte erforderlich, da die entstehenden großen Lücken in der Arbeiterbesetzung nicht gefüllt werden konnten. Die Unruhe in der Arbeiterschaft wuchs dazu in bedenklichem Maße. Die sofortige Einführung des Achtstundentages brachte die Werke in die schwierigste Lage, zumal die Leistungen der Arbeiter bis auf 50 und 60% zurückgingen. Das Zusammentreffen aller dieser Vorgänge verursachte einen derartigen Rückgang in der Erzeugung, daß die Werke kaum den dringendsten Inlandsbedarf decken und nicht einmal die Reste alter Auslandsabschlüsse liefern konnten. Mit neuen Aufträgen hielt das Ausland zurück, da ihm das Vertrauen zur Lieferfähigkeit der deutschen Werke fehlte; es bestellte lieber in England und Amerika, wo die Preise bedeutend hinter den deutschen zurückblieben, obwohl diese die ungeheuer gewachsenen Selbstkosten längst nicht mehr deckten. Aus Schlesien wird berichtet, daß die Beschäftigung in den Walzwerken sehr gut und unverändert wie im Vormonat und Vorjahr war; nur konnten wegen Kohlenmangels nicht alle Strecken voll ausgenutzt werden. In den Werkstätten wurde die Lage jedoch durch die politischen Ereignisse beeinträchtigt; der Umsatz zeigt im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr einen Rückgang. — Vom Siegerländer Erzmarkt wird berichtet, daß die Förderung der Gruben auch weiterhin stark zurückgegangen ist. Auf den Versand wirkte besonders die Stückgutssperre außerordentlich störend ein. Es wird aber damit gerechnet, daß nach Wegfall der Bahnsperrung und sofern den Gruben die nötigen Betriebsstoffe geliefert werden können, dementsprechend reichlich Absatz und Bedarf an Arbeitskräften eintreten wird. Die Kupfer- und Messingwerke berichten, daß keinerlei lohnende Beschäftigung vorhanden gewesen ist und sich ein großer Mangel an Aufträgen bemerkbar machte. Verschiedentlich wurde daher mit verkürzter Betriebszeit gearbeitet. Dem Vormonat sowie Vorjahr gegenüber wird berichtet, daß die Geschäftslage wesentlich zurückgegangen ist.

Der Geschäftsgang in der Kaliindustrie wird fast durchweg als erheblich ungünstiger gegen den Vormonat und das Vorjahr infolge der politischen Umwälzungen und der Folgen des Waffenstillstandes hingestellt. Durch die letzteren ist besonders der gesamte Handel lahmgelegt worden. Außerdem wirkte der Wagenmangel hemmend auf den Geschäftsgang ein. Der achtstündige Arbeitstag ist jetzt allgemein eingeführt.

Die Berichte über die Lage der chemischen Großindustrie lassen zumeist eine starke Einschränkung der Beschäftigung erkennen; vielfach mußten Betriebe sogar stillgelegt werden. Nur die Teilunternehmungen zur Herstellung von Schwefelkohlenstoff und Salzsäure waren ausreichend beschäftigt. Die Rohstoffzufuhr sowie der Versand der Fertigerzeugnisse wurde durch die Verkehrsstockungen sowie auch durch die Absperrung des besetzten linksrheinischen Gebietes stark beeinträchtigt. Ferner wirkte das Aufhören der Kriegsaufträge auf die Geschäftslage ein. Die Umstellung der Betriebe von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft konnte sich nur langsam vollziehen. Der herrschende große Kohlenmangel zwingt zur schrittweisen Einstellung sämtlicher Betriebe. Lohnerhöhungen haben vielfach stattgefunden. In der Industrie chemisch-pharmazeutischer Präparate hat die Beschäftigung infolge Rohstoff- und Kohlenmangels sowie durch den gestörten Versand im Vergleich zum Vormonat wesentlich nachgelassen. Der Umsatz wurde ganz außerordentlich herabgedrückt, da eine Ausfuhr nach den Hauptabsatzgebieten nicht möglich war. — In den Gelfabrikten ist infolge Rohstoff- und Kohlenmangels nur ein sehr geringer Geschäftsgang zu verzeichnen. Viele Betriebe mußten vollständig stillgelegt werden. — Die Anilin- und Teerfarbenfabriken zeigen nach der Berichterstattung aus der Großindustrie eine sehr schwache Beschäftigung, die aber stellenweise durch das Freiwerden von Rohstoffen infolge Einstellung von Kriegslieferungen etwas besser im Vergleich zum Vormonat und auch zum Vorjahre erscheint. Die Unternehmungen, die Resorcin und Azofarbstoffe herstellen, sind auch im Monat Dezember nur in sehr geringem Maße beschäftigt. Infolge Kohlenmangels mußte ein großer Teil der Betriebe vollständig ruhen. Für die Betriebe zur Herstellung von Farben aller Art einschließlich der giftfreien Farben für die Papierindustrie ist die Lage infolge der politischen Verhältnisse gegen den Vormonat unverändert, vielfach aber auch noch etwas ungünstiger. Da die Ausfuhr vollständig unterbunden ist, so ist ein erheblicher Rückgang des Geschäftsganges gegenüber dem Vorjahr zu erkennen; es fanden auch hier Arbeitsverkürzungen infolge Kohlenmangels statt. Nur von einer Seite wird eine rege Beschäftigung gemeldet. — Die Lackfabriken kennzeichnen die Geschäftslage als nur mäßig und wesentlich ungünstiger im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr infolge der unsicheren politischen Lage sowie Rohstoffmangels und der Verkehrsschwierigkeiten. Es macht sich ein starkes Angebot

von Arbeitskräften fühlbar. Weitere Beschränkungen der Arbeitszeit haben stattfinden müssen.

Der Geschäftsgang in der Industrie für W ä r m e - u n d K ä l t e - s c h u t z m i t t e l erscheint als sehr gering und erheblich ungünstiger im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr infolge der politischen Verhältnisse, der Kohlennot sowie Wagenmangels. Stellenweise haben Lohnerhöhungen um 20—25% stattgefunden.

Von Glaswerken, die Beleuchtungsgläser herstellen, wird berichtet, daß noch eine außerordentlich starke Nachfrage besteht, aber die Beschäftigung im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr wesentlich ungünstiger ist. Die Aufträge sind immer mehr zurückgegangen; teilweise haben auch wegen Kohlenmangels Betriebe stillgelegt werden müssen. Die gleiche ungünstige Lage besteht für die Betriebe zur Herstellung von Laboratoriumsgläsern. Infolge Rohstoffmangels haben oft Feierschichten eingelegt werden müssen. Lohnforderungen der Arbeiterschaft finden fortgesetzt statt. Die Hohlglasfabriken, welche medizinische, chemische und pharmazeutische Gläser herstellen, weisen nach der eingegangenen Berichterstattung noch eine sehr reichliche Beschäftigung auf, doch haben auch hier wegen Kohlenmangels teilweise Betriebe schließen müssen. — Die Porzellanfabriken scheinen noch ebensogut wie im Vorjahre beschäftigt.

Die Zementindustrie wird durch den Kohlenmangel ebenfalls in ihrer Erzeugung stark beschränkt und kann den Aufträgen bei weitem nicht entsprechen. In Zementwaren besteht gute Nachfrage. Auch bringen die vielerorts eingeleiteten Notstandsarbeiten Bedarf an Zementröhren. Leider ist die Befriedigung des Bedarfs durch den Zementmangel erschwert. — Die Industrie feuerfester Erzeugnisse ersuchte die Behörden, die Ziegeleien, Wandplatten-, Verblendsteinfabriken usw., die während des Krieges die Herstellung feuerfester Erzeugnisse aufgenommen haben, anzuhalten, sich wieder auf ihr eigenes Herstellungsgebiet zu beschränken. In der Industrie feuerfester Erzeugnisse vollzieht sich gegenwärtig die Umstellung auf Friedensarbeit.

Die Geschäftslage in den G u m m i w a r e n f a b r i k e n wird teilweise zufriedenstellend, teilweise aber auch als wenig günstig und schwächer im Vergleich zum Vormonat angesehen.

Die Brauereien Süddeutschlands berichten, daß infolge der Rückkehr eines großen Teiles des Feldheeres sich der Bierabsatz im allgemeinen etwas gebessert hat, so daß nicht nur die Umsatzziffern vom November 1918, sondern auch diejenigen vom Dezember 1917 überholt sein werden. Besonders aus Baden wird berichtet, daß die Nachfrage nach Bier infolge der großen Truppentransporte und der jetzt starken Truppenbelegungen hinter der neutralen Zone sehr lebhaft gewesen ist. Die badischen Brauereien können die Aufträge nicht restlos erfüllen, da die Gersterversorgung sehr zu wünschen übrig ließ. Die Brauereien Norddeutschlands berichten, daß der Bierabsatz sich sowohl gegen den Vormonat als auch gegen das Vorjahr aus den bereits angeführten Gründen ebenfalls gehoben hat. — Die Beschäftigung in den S p r i t f a b r i k e n war teils ungenügend und annähernd gleich wie im Vorjahre, teils aber auch gut und besser gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres infolge verstärkten Auftragsenganges.

Nach der eingegangenen Berichterstattung erscheint die Geschäftslage der P a p i e r f a b r i k e n wiederum als schwach und schlechter gegenüber dem Vormonat und Vorjahr. Der Bestand an Aufträgen geht immer weiter zurück, so daß das Geschäft fast vollständig zum Stocken kommt. Es wird meist nur noch auf Lager gearbeitet; außerdem wirken die Verkehrsschwierigkeiten hemmend auf den Geschäftsgang ein.

Die Beschäftigung in den Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten war sehr mäßig und wesentlich geringer als im Vormonat und im Vorjahre. (Nach „Reichs-Arbeitsblatt“ XVII, Nr. 1, Seite 17—26.)

Als Gesamtübersicht über den Arbeitsmarkt im Jahre 1918 ergibt sich folgendes Bild:

Der Verlauf des Wirtschaftsjahres 1918 zeigt, daß Landwirtschaft und Industrie weiterhin bemüht waren, sich voll in den Dienst der Kriegführung zu stellen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte hat sich rührig und stetig vollzogen, bis die Wirkungen der Waffenstillstandsbedingungen und der politischen Umwälzungen im Reiche Anfang November einen jähen Umschwung in der wirtschaftlichen Entwicklung und eine unaufhaltsame rückläufige Bewegung gegen Jahresende hervorriefen. Die Hauptindustrien, die der Kriegswirtschaft dienten, insbesondere Bergbau und Hüttenwesen, Metallverarbeitung, Maschinen- und Apparatebau sowie elektrische und chemische Industrie, waren während des größten Teiles des Jahres voll beschäftigt und konnten teilweise im Vergleich zum Vorjahre noch Steigerungen ihrer Leistungen hervorbringen. In einzelnen Monaten wirkten aber unzureichende Wagengestellung, Rohstoff- und Kohlenmangel abträglich auf die Geschäftslage ein. Der teilweise schon im Oktober einsetzende Rückgang der Tätigkeit kam dann durch die plötzliche Abrüstung und die politische Umgestaltung bei fast allen Industriezweigen im November voll zur Geltung. Der bereits in der vorhergehenden Zeit fast überall stark fühlbare Arbeitermangel wurde durch die Entlassung der Kriegsgefangenen sowie die

Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte zunächst noch verschärft. Es ergab sich aber dann ein reichlicheres Angebot von Arbeitskräften und ein Wachsen der Zahl der Arbeitslosen, weil infolge des Rohstoffmangels und der Verkehrsnot, die insbesondere eine unzureichende Versorgung mit Kohle mit sich brachte, sich die meisten Industriezweige nicht in genügendem Maße auf die Friedenswirtschaft umstellen konnten. Vielfach mußte wegen Rohstoff- und Kohlenmangels mit verkürzter Betriebszeit gearbeitet werden. Von wesentlichem Einfluß war die Durchführung des Achtstundentages im November, die fast durchweg mit Lohnsteigerungen Hand in Hand ging. Diese ungünstige wirtschaftliche Entwicklung setzte sich in verstärktem Maße noch im Dezember fort. Politische Unruhen, gesteigerte Lohnforderungen der Arbeiterschaft in verschiedenen Industriezweigen, wilde Streiks in den Kohlengebieten mitten in der Übergangswirtschaft, die immer schärfere Formen annehmende Verkehrsnot — die Unterbindung des Verkehrs mit den linksrheinischen Gebieten, vor allem mit Lothringen und Luxemburg, sowie die Blockade der Ostsee bringen die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie in eine immer schwierigere Lage; die hohen Gestehungskosten im Verein mit der ungünstigen Gestaltung der Valuta, sowie die Erschwerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland, bedrohen die wirtschaftliche Grundlage des Reichs. Im Zusammenhang damit stand die wachsende Arbeitslosigkeit in den vielen Werken, die auf die Dauer keine weiteren Arbeiter einstellen konnten und sogar zu Entlassungen schreiten mußten.

Einige Hauptindustriezweige ergaben folgendes Bild:

Der Steinkohlenbergbau des Ruhr-, Aachener, Saar-, ober- und niederschlesischen Gebietes sowie des Zwickauer Bezirkes war während der ersten 10 Monate des Jahres 1918 voll beschäftigt, wenn sich auch hinsichtlich der Förderung verschiedentlich Schwankungen zeigten. So ist in dem Saarbezirk im Juli ein Rückgang der Förderung dem Vormonat und im September dem August gegenüber, sowie im Zwickauer Gebiet ebenfalls im Juli und September eine Abschwächung festzustellen. Die Versandmöglichkeiten wurden durch die oft nicht ausreichende Wagengestellung, so am Anfang des Jahres und dann in den Herbstmonaten, besonders im Saarbezirk, nachteilig beeinflusst. Auch der oft stark fühlbare Mangel an Facharbeitern brachte es mit sich, daß die Leistungsfähigkeit der Gruben, besonders in Oberschlesien, nicht voll ausgenutzt werden konnte. Die Löhne bewegten sich fast durchweg in steigender Richtung. Die Wirkungen der politischen Umwandlung im Reiche verursachten naturgemäß einen wesentlichen Rückgang der Förderungen, so daß diese im Ruhr-, Aachener, Saar-, oberschlesischen und Zwickauer Gebiet im November und Dezember hinter dem Vormonat und Vorjahr nicht unwesentlich zurückblieb; nur auf den niederschlesischen Gruben waren diese Einwirkungen nicht in so starkem Maße fühlbar. Der Versand war in den beiden letzten Monaten geringer als in der vorhergehenden Zeit; der Rückgang wurde meist durch die wiederholte Gütersperre verursacht. Dem Vorjahr gegenüber ist die Lage in den ersten 10 Monaten meist unverändert und ebenso gut; verschiedentlich ist aber auch ein Rückgang zu verzeichnen, so im Saarbezirk, in Oberschlesien und im Zwickauer Gebiet während des Oktobers und im letztgenannten Bezirk auch während des Monats März. In den beiden letzten Monaten des Jahres 1918 ist naturgemäß in allen genannten Gebieten, mit Ausnahme der staatlichen Gruben im Saargebiet, ein starker Rückgang der entsprechenden Zeit des Vorjahres gegenüber zu verzeichnen. — Die Braunkohlenwerke Mitteldeutschlands waren im Januar 1918 ebensogut beschäftigt wie im Dezember 1917; diese Lage hielt auch während der folgenden Monate bis zum September hin an. Dem Vorjahr gegenüber ist während der ersten neun Monate fast durchweg eine Steigerung der Beschäftigung zu erkennen. Im Oktober stellte sich jedoch eine Abschwächung der Lage sowohl dem Vormonat als auch dem Vorjahr gegenüber ein, die sich auch im November und Dezember in verstärktem Maße fortsetzte, so daß die Förderung zur Befriedigung der unvermindert lebhaften Nachfrage nicht ausreichte. Überstunden und Lohnerhöhungen, besonders seit 1. September, werden verschiedentlich gemeldet; Mangel an Facharbeitern machte sich fast während des ganzen Jahres geltend. Der Braunkohlenbergbau in der Niederlausitz zeigte so ziemlich das selbe Bild, nur daß die unvermindert gute Beschäftigung auch noch im Monat Oktober anhielt. Im November und Dezember trat dann der Rückgang ein. — Die Beschäftigung im Eisensteinbergbau war während der ersten 10 Monate 1918 äußerst lebhaft, aber die unvermindert starke Nachfrage konnte nicht überall befriedigt werden. In den letzten Monaten des Jahres trat eine bedeutende Einschränkung der Förderung durch die Entlassung der Kriegsgefangenen wie durch zeitweiligen Arbeitermangel infolge Krankheit der Bergarbeiter ein. Der oft gänzlich eingestellte Güterverkehr machte eine Abbeförderung der Erzeugnisse von den Gruben unmöglich. — Die Blei- und Zinkerzgruben melden bis zum Oktober eine andauernd gute Beschäftigung, so daß vielfach Überarbeit erforderlich war, jedoch machte sich verschiedentlich Arbeitermangel bemerkbar. Von dem genannten Zeitpunkt ab war die Geschäftslage, besonders infolge der Stockung der Zufuhr von Erzen

aus Lothringen und Luxemburg sowie auch aus Schweden, wesentlich ungünstiger im Vergleich zu der vorhergehenden Zeit und dem Vorjahre. — Die Kupfer- und Messingwerke schildern bis zum Oktober hin einen unverändert lebhaften Geschäftsgang, nur im Vergleich zum Vorjahr ist vom Monat Mai ab eine anhaltende Abschwächung der Lage festzustellen. Gegen Jahresende mußten infolge Koks- und Eisenerzmangels teilweise Hochöfen ausgeblasen werden. Vielfach machte sich in dieser Zeit ein Überangebot von Arbeitskräften bemerkbar. — Die Kaliindustrie verzeichnete auch meist einen guten Geschäftsgang, der verschiedentlich, so im Februar und März und teilweise auch im Juli dem entsprechenden Vormonat gegenüber noch gesteigert werden konnte. Im September trat ein Rückgang des Absatzes ein, der im Oktober infolge verringerter Wagengestellung sich noch steigerte, obgleich die Nachfrage andauernd stark blieb. Nach den politischen Umwälzungen wird der Geschäftsgang gegen Ende des Jahres fast durchweg als mäßig und wesentlich geringer gegen die vorhergehenden Monate hingestellt.

Die chemische Großindustrie hatte infolge reichlicher Aufträge gut zu tun, so daß sich verschiedentlich noch eine Besserung der Lage in den einzelnen Monaten dem entsprechenden Vormonat und Vorjahr gegenüber geltend machte. In den letzten Monaten des Jahres trat aber dann ein schwächerer Geschäftsgang ein. Es wird verschiedentlich über Stilllegen der Betriebe berichtet, das besonders durch die Waffenstillstandsbedingungen, die Demobilisierung und die häufige Kündigung von Kriegsaufträgen, auch durch Rohstoffmangel, verursacht wurde. Der achtstündige Arbeitstag wurde allgemein eingeführt, womit Lohnerhöhungen verbunden waren. — Die Lage der chemisch-pharmazeutischen Industrie zeigt nicht immer ein einheitliches Bild. Für die erste Hälfte des Jahres ergibt sich eine günstige Geschäftslage, die teilweise dem Vorjahr gegenüber Steigerungen der Beschäftigung aufweisen konnte; aber eine volle Ausnutzung der Betriebe war nicht immer möglich infolge Rohstoffmangels. In der zweiten Hälfte des Jahres macht sich meist eine Abschwächung der Lage geltend, die besonders in den beiden letzten Monaten deutlich zutage tritt. Völlige Stockung der Verkehrsmittel, Rohstoff- und Kohlenmangel sind die Hauptursachen. — Die Anilin- und Teerfarbenfabrikation ergab das gleiche Bild, nur trat schon im Oktober teilweise eine Abschwächung der Geschäftslage hervor, die sich dann in den nächsten Monaten noch wesentlich ungünstiger gestaltete.

Die Geschäftslage im Spinnstoffgewerbe war im Verlaufe des Jahres 1918 wenig günstig; nur die Betriebe, welche Papiergarne herstellten, hatten gut zu tun, da auch die Nachfrage der Zivilbevölkerung nach Papiergewebe sich sehr steigerte. Aber seit November trat auch ein scharfer Rückschlag in der Papiergarnindustrie hervor. Der achtstündige Arbeitstag in diesem Industriezweige ist fast allgemein eingeführt worden. Zu bemerken ist noch, daß die Berichterstattung teilweise unzulänglich gewesen ist. (Nach „Reichs-Arbeitsblatt“ 1919, XVII, Nr. 1, Seite 3—11.) Wth.

Tagesrundschau.

Geschäftsjubiläum. Die Firma Dr. Mensching & Spengler G. m. b. H., Görlitz, eine der ältesten führenden Firmen der deutschen Essenzenindustrie, beging am 4./1. ihr 25 jähriges Bestehen. (D. Parf.-Ztg.)

Personal- und Hochschulnachrichten.

Nachdem verschiedene Parteien der alten Universitätsstadt Bonn, nachdem Rektor, Senat und der gesamte Lehrkörper der Hochschule Einspruch gegen die Kölner Universitäts-Gründung erhoben, haben sich auch die Bonner Stadtverordneten diesem Einspruch angeschlossen und in einer scharfen Entschließung an das preußische Staatsministerium und den Kultusminister zum Ausdruck gebracht, daß sie eine gründliche Nachprüfung der ganzen Frage durch die beiden Staatsinstanzen verlangen.

Prof. Dr. H. Bunte, Karlsruhe, erhielt anlässlich seines 70. Geburtstages in Anerkennung seiner grundlegenden Forschungen und Erfindungen auf dem Gebiete der Brennstoffe von der Technischen Hochschule in München die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber (vgl. S. 23).

Privatdozent Dr. Franz Faltin, Direktor der pharmazeutischen Schule des Allgemeinen Österreichischen Apotheker-Vereins, wurde zum a. o. Professor für organische Chemie an der Universität Prag ernannt.

Dr. Hermann, Straßburg, hat sich an der Universität Tübingen und Dr. P. Scherrer an der Universität Göttingen als Privatdozent für Physik niedergelassen.

Es wurden ernannt: Dr. Paul Hellström, Leiter der pflanzenbiologischen Anstalt in Lulea, zum Sekretär der schwedischen Landwirtschaftsakademie als Nachfolger von Prof. Juhlin-Dannfelt; Prof. Dr. A. Tschirch, Bern, zum Ehrenmitglied

der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft; der kommissarische Hilfsarbeiter Dr. Hans Bogusat, zum Reg.-Rat und Mitglied des Reichsgesundheitsamtes.

Den 70. Geburtstag beging Dr. Johannes Reinke, o. Professor für Botanik in Kiel, am 3. 2.

Geh. Reg.-Rat Dr. Haber hat aus gesundheitlichen Gründen um Enthebung von seiner Stellung als Leiter der Gruppe VIII des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung gebeten. Mit der Leitung der Gruppe wurde daraufhin Dr. Schwarz beauftragt.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden ernannt: Generaldirektor Bernhard Grau, zum Vorstand der Zweigniederlassung Eisenwerk Kraft, Abteilung Krig & Tigler, Wesel, der A.-G. Eisenwerk Kraft zu Stolzenhagen-Kratzweick; Direktor Max Seller, Fockendorf, zum technischen Leiter der Gesamtwerke der Simoniuschen Cellulosefabriken, A.-G. in Wangen (Algäu).

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Rudolf Gehrecke, Ohrleben, bei der Zuckerfabrik Hötnersleben, Hötnersleben; Direktor Wilhelm Köster, Großheringen, bei der Firma Domsener Kohlenwerke G. m. b. H., Weimar; Chemiker Josef Rudolf, Gera Untermhaus, (zum stellvertretenden Geschäftsführer) bei der Firma Marihat Sumatra Plantagen Co., Untermhaus bei Gera; Friedrich Sobbe, Dortmund und Wilhelm Sobbe, Berg-Gladbach, bei der Firma Sobbe, G. m. b. H., Fabrik elektrischer Zünder, Dortmund, Zweigniederlassung Bergisch-Gladbach.

Prokura wurde erteilt: Daniel Buck, Verneis bei Vörde, für die Märkische Stahl- und Eisengießerei Heinrich Honsberg, Verneis bei Vörde; Gustav Feldeisen, Haspe für die Firma Metallwerk Haspe, Haspe; Heinrich Floren, Dortmund, für die Firma Dortmunder Union Brauerei A.-G., Dortmund; Fritz Henke, Hannover, für die Continental, Caoutchouc- und Gutta-Percha Compagnie, Hannover; Fabrikdirektor Friedrich Hepner, Messingwerk bei Eberswalde, für die Firma Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., Berlin, Zweigniederlassung in Messingwerk bei Eberswalde; Rudolf Kister-Rudolstadt, für die Älteste Volkstedter Porzellanfabrik A.-G., Volkstedt; Max Peters, Hannover, für die Niedersächsische Bergbaugesellschaft m. b. H., Hannover; Rudolf Völker, Berlin-Wilmersdorf, für die Firma Deutscher Mineralöl-Verkaufsverein G. m. b. H. Berlin.

Gestorben sind: Franz L. v. Löbbecke, Seniorchef der Ohlauer Zinkweißfabrik Marthahütte. — Carl Traugott Pilz, Inhaber der Papierfabrik C. T. Pilz, Niederschmiedeberg (Erzgeb.).



Verkleinerte Wiedergabe der Titelseite eines Prospektes, welcher der heutigen Nummer beiliegt und den wir der besonderen Beachtung unserer geschätzten Leser empfehlen.